

55. Bundestagung Frankfurt, 22.-24. Oktober 2004

„Finanzierung der nächsten Generation“

Der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) fordert von Wirtschaft, Kirche und Politik eine stärkere Berücksichtigung der Generationengerechtigkeit. Dies sagte die BKU-Bundesvorsitzende Marie-Luise Dött (MdB) zum Auftakt der 55. Bundestagung des Verbandes in Frankfurt, die unter dem Thema "Finanzierung der nächsten Generation" steht. "Angesichts der demographischen Situation in Deutschland müssen wir uns alle mehr um die Frage der Finanzierung der nächsten Generation kümmern", so Dött.

Nachdem der BKU sich auf seiner Bundestagung im vergangenen Jahr mit der Demographiefestigkeit der sozialen Sicherungssysteme befasst und dazu ein Positionspapier verfasst hatte, legt der BKU in diesem Jahr drei Positionspapiere zu den Themen

- "Für eine neue Finanzierungskultur im deutschen Mittelstand",
- „Bildungsfinanzierung“ und
- „Finanzmärkte der Armen“ vor.

Zu dieser Themenschwerpunktsetzung erläuterte die Verbandsvorsitzende. "Der Mittelstand ist das Rückgrat sowohl der Wirtschaft in Deutschland als auch unserer Bürgergesellschaft. Uns liegt besonders am Herzen, dass sich die Rahmenbedingungen seiner Finanzierung verbessern."

Zur Bildungsfinanzierung erklärte Dött, die auch als Abgeordnete dem Deutschen Bundestag angehört, dass die Stärkung des Bildungsstandortes Deutschland auch für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland entscheidend sei.

Bezüglich der "Finanzmärkte der Armen" unterstrich die Unternehmerin, dass die "nächste Generation unseres Planeten in den Ländern des Südens aufwache" und es ein Gebot christlicher Verantwortung sein, einen Beitrag zu leisten, der diesen Menschen eine Chance gibt.

Die Leiter der jeweiligen BKU-Arbeitskreise (Ferdinand Klingenthal: AK-Mittelstand; Dr. Josef Siegers: AK-Bildung; Prof. Dr. Winfried Pinger: AK-Entwicklungszusammenarbeit) erläuterten die Schwerpunkte der drei Positionspapiere:

Georgstraße 18
50676 Köln (Zentrum)
Tel. 02 21 / 2 72 37 - 0
Fax 02 21 / 2 72 37 - 27
e-mail: service@bku.de
Internet: <http://www.bku.de>

Mitglied der nationalen Christlichen Unternehmervereinigung
UNIAPAC Inter

Bankverbindung
Pax-Bank eG Köln
Kto-Nr. 137 370 10
(BLZ 370 601 93)

1.) "Für eine neue Finanzierungskultur im deutschen Mittelstand"

Aus Sicht des BKU ist für die Zukunft des Mittelstandes eine neue "Finanzierungskultur" notwendig, deren Kern die "Steigerung des Eigenkapitals" sein muss. Hier sieht der BKU zu allererst die Unternehmer selbst in der Verantwortung: "Vom Unternehmer wird eine veränderte mentale Einstellung zum Finanzmanagement erwartet. Er selbst bzw. der angestellte Geschäftsführer muss künftig den Finanzbereich neben Beschaffung, Produktion und Absatz als Kernprozess begreifen und sich inhaltlich intensiv damit auseinandersetzen. So wie börsennotierte Adressen Ihre Investoren, Aktionäre sowie Kapitalgeber und Analysten im Sinne von Investor Relations pflegen, werden verstärkt auch die mittelständischen Unternehmer die Beziehung zu ihren Hausbankern mit entsprechender Sorgfalt pflegen müssen."

In der Verantwortung sieht der BKU aber auch die Banken und die Politik: "Dies bedeutet für die Banken vor allem Kontinuität der Geschäftspolitik und eine systematische Mittelstandsorientierung der Kreditinstitute, durch Kontinuität und Professionalität bei deren Kundenbetreuern, durch intensive, individuelle Betreuung mit Einfühlungsvermögen in unternehmerisches Denken und Handeln. Für die Zukunft des Mittelstandes ist eine berechenbare Steuerpolitik, die das Re-Investieren einmal versteuerter Gewinne in das Unternehmen fördert und die Generationennachfolge erleichtert, unverzichtbar. Dies ist eine Kernforderung des BKU. Auf kostspielige staatliche Förderprogramme für den Mittelstand kann damit weitgehend verzichtet werden.

2.) "Bildungsfinanzierung"

Der BKU fordert einen **Vorrang für Bildungsinvestitionen** zur Zukunftssicherung für die junge Generation: "Wir investieren zu wenig in dieses zukunftsichernde System und erwirtschaften zu geringe Bildungserträge. Schulen und Hochschulen sind wichtiger als staatlich subventionierte Wellness-Bäder und Windkraftträder."

Neben einer stärkeren Eigenverantwortung des Einzelnen und der Eltern fordert der BKU aber auch: "**Familien brauchen wieder mehr Luft zum Atmen**, um sich intensiver ihren Erziehungsaufgaben widmen zu können. Dementsprechend muss das System der Bildungsfinanzierung den Familien genügend Spielraum geben, damit sie ihrer Erziehungs-Verantwortung gerecht werden können.

Umschichten in vorschulische Erziehung und Grundschule

"Die jüngsten Studien belegen: Je früher ein Kind von Bildungsinvestitionen profitiert, desto höher sind die "Erträge". Deswegen sind Umschichtungen in den vorschulischen Bereich aus Sicht des BKU dringend geboten. Der Verband rät von der flächendeckende Einführung von echten Ganztagschulen ab und statt dessen zur Stärkung die für den Erfolg der Schüler und die wirksame Integration verschiedener Schülergruppen wichtigen Primarstufe.

Hochschulen sollten die Möglichkeit erhalten, **Studiengebühren** zu erheben. Jedem Studierenden sollte ohne Risikoprüfung und zu einheitlichen Kreditkonditionen ein Kredit in Höhe des zu erwartenden Gesamtgebührenbetrags von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährt werden.

Der schulische Sek.-II-Bereich ist nicht von der allgemeinen Schulpflicht umfasst. Entsprechend der Diskussion über Studiengebühren fordert der BKU, stärker über eine finanzielle Beteiligung der Eltern nachzudenken.

Berufliche (Weiter)Bildung

Die historisch gewachsene Finanzverantwortung der Wirtschaft für die berufliche Bildung steht für den BKU nicht zur Disposition. "Allerdings muss die Höhe der Ausbildungsvergütungen überprüft werden." Eine spürbare Absenkung würde einen deutlichen Motivationsschub für die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe bedeuten. Der Einführung einer Ausbildungsabgabe muss entschieden widersprochen werden.

In der beruflichen Weiterbildung ist die alleinige betriebliche Finanzverantwortung dort gegeben, wo die betrieblichen Interessen im Vordergrund stehen. Geht es hingegen um Bildungsmaßnahmen

ohne konkreten Arbeitsplatzbezug, ist die Beteiligung des Einzelnen oder gar die alleinige Kostenträgerschaft des Einzelnen geboten.

3.) "Finanzmärkte der Armen"

Der BKU will seinen Beitrag zur Minderung der Armut und zur Schaffung von Wohlstand in Entwicklungsländern leisten und sieht im Auf- und Ausbau leistungsfähiger **Mikrofinanzinstitute** eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung.

Dem BKU ist es ein Anliegen, das Positivkriterium der „Armutsbekämpfung“ herauszustellen. „Fair-Invest“-Gesellschaften oder „Ethikfonds“, die in ihnen angelegten Gelder unter Beachtung der üblichen Rendite- und Risikokriterien speziell in solchen Mikrofinanzinstituten in Entwicklungsländern investieren, erachtet der BKU daher für „ethisches“ Investment als besonders geeignet.

Der BKU fordert

- 1.) **die deutsche Finanzwirtschaft** auf, privaten Anlegern mehr Produkte anzubieten, in denen sie ihr Geld „ethisch“ sparen und investieren können. Das Positivkriterium der Armutsbekämpfung sowie Investitionen in Mikrofinanzinstituten in Entwicklungsländern sind hier besonders zu berücksichtigen.
- 2.) **die Bundesregierung** dazu auf, in ihrem Aktionsprogramm 2015 zur Halbierung der extremen Armut der Förderung des Auf- und Ausbaus von Mikrofinanzinstituten besondere Priorität einzuräumen und einen „Sonderfonds 2015 zur Förderung von Mikrofinanzinstituten“ aufzulegen.
- 3.) **die Deutsche Bischofskonferenz** auf, sich über die kirchlichen Hilfswerke am Auf- bzw. Ausbau einer Fair-Invest-Gesellschaft zu beteiligen.

Eine komplette Dokumentation der drei Positionspapiere finden Sie im Internet unter:

www.bku.de in der Rubrik "Presse" direkt unter:

<http://www.bku.de/content.php?site=1&choice=4&cat=3&id=69>

Für Rückfragen erreichen Sie uns unter :

0172 / 234 19 22 bzw. 0172 / 2 33 99 46

oder ab Montag wieder unter

0221 / 272 370

Dem 1949 gegründeten BKU gehören rund 1 200 Inhaber-Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist in 36 Diözesangruppen gegliedert. In seinen bundesweiten Arbeitskreisen entwickelt er innovative Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.